

II- 4884 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

1010 Wien, den 11. August 1975  
Stubenring 1  
Telephon 57 56 55

Zl. IV- 50.004/22-1/75

2285/A.B.  
zu 2226/J.  
Präs. am 20. Aug. 1975

## B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. FIEDLER  
und Genossen an die Frau Bundesminister  
für Gesundheit und Umweltschutz betref-  
fend Maßnahmen gegen die Luftverpestung  
durch das Fernheizwerk Spittelau  
(No. 2226/J-NR/1975)

In der gegenständlichen Anfrage werden an mich  
folgende Fragen gerichtet:

- " 1. Welche Hilfestellung kann seitens Ihres  
Ministeriums gegeben werden, um festzu-  
stellen, was für einen Schadstoffausstoß  
das Fernheizwerk Spittelau verursacht?
2. Sind Sie bereit, für die Anschaffung einer  
diesbezüglichen Entgiftungsanlage eine  
finanzielle Unterstützung zu leisten?
3. Welche konkreten Maßnahmen haben Sie bisher  
unternommen, damit die Reinhaltung der Luft  
generell zukünftig sichergestellt wird? "

In Beantwortung dieser Anfrage teile ich mit:

Zu 1.:

Bereits vor Inbetriebnahme des Fernwärme- und Müllverbrennungsbetriebes in der Spittelau wurde eine Immissionsbestandsaufnahme an bestimmten Punkten Wiens durchgeführt. Die nachfolgenden Untersuchungen während des Betriebes des Fernheizwerkes Spittelau brachten keine erkennbaren Einflüsse durch Emissionen aus dieser Anlage. Die Experten der Gemeinde Wien vermuten, daß die Emissionen aus dem Heizwerk im Vergleich zu denjenigen, die von bodennahen Quellen stammen, einfach zu gering sind, um exakt nachgewiesen werden zu können.

Im Bereich der Emissionsmessungen sind bereits umfangreiche Messungen durch anerkannte Institutionen durchgeführt worden, die den hohen Standard in der Umwelttechnik des Fernheizwerkes Spittelau bestätigen. Zur weiteren Verbesserung auf der Emissionsseite werden außerdem dauernd verfahrenstechnische und anlagenmäßige Verbesserungen vorgenommen. Erkenntnisse anderer Fernheizwerke werden, wenn sie sich in der Praxis bewährt haben, natürlich auch vom Fernheizwerk Spittelau übernommen.

Abschließend sollte man bei allen umweltprotektionistischen Einwänden gegen Fernheizwerke nicht übersehen, daß durch eine mit allen technischen Reinigungsanlagen versehene Großfeuerungsanlage eine erhebliche Anzahl von meist unkontrollierten Einzelfeuerungsstätten ersetzt wird.

-3-

Zu 2.:

Seitens des Bundes sind für Länder und Gemeinden zur Bewältigung der Abfallprobleme (Müllverbrennung) im Finanzausgleich je 50 Millionen Schilling vorgesehen.

Zu 3.:

Auf Grund der geltenden Verfassung sind sowohl der Bund als auch Länder und Gemeinden für die einzelnen mehr oder minder exakt abgegrenzten Bereiche der Luftreinhaltung zuständig. Innerhalb des Bundes trägt das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz die Verantwortung für die Koordination im Umweltschutz. Das wichtigste Mittel der Koordination ist für das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz die Zweckforschung und die Zweckforschungsförderung. Die Ergebnisse werden zuständigen und interessierten öffentlichen und privaten Stellen zur Verfügung gestellt und sollen zu einheitlichen Lösungsansätzen führen. Die Forschungen zum Thema Luftverunreinigung reichen dabei von der Erarbeitung von Richtlinien zur Begrenzung von Emissionen in Industrieanlagen bis zur Standardisierung von Staubanalysen.

Durch die Beteiligung an internationalen Forschungsvorhaben sichert das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz Österreich den Zugriff zu den neuesten Erkenntnissen der Umweltwissenschaften.

Für die Bestandsaufnahme der Umweltsituation in Österreich werden Untersuchungen mit den modernsten technischen Meßmethoden wie der Fernerkundung durchgeführt. Die Er-

gebnisse werden zur Erstellung eines Umweltkatasters zusammengefaßt, der seinerseits eine der wichtigsten Grundlagen für jegliche künftige umweltbezogene Raumplanung werden wird.

Unter sachlicher Mitwirkung seiner Abteilung für Lufthygiene schafft das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz schon seit Jahren kontinuierlich Meßgeräte an, die in allen Bundesländern im Zusammenwirken mit deren Einrichtungen eingesetzt werden. So entsteht ein Meßstellennetz, das wesentliche Daten über die Luftqualität erfaßt. In Wien besteht bereits eine zentrale Luftüberwachungsstelle und in Linz seit Kurzem eine Überwachungsanlage mittels Fernsehkamera. Besonderes Augenmerk wurde vom Ressort auf die Erstellung eines Umweltschutzgesetzes gerichtet, das eine Steigerung der Effizienz in allen Bereichen der Erhaltung und Verbesserung der Umwelt und eine Vereinheitlichung der Verwaltungsmaßnahmen zum Umweltschutz zum Inhalt hat. Dieser Gesetzesentwurf wurde zur Begutachtung ausgesandt.

Der Bundesminister:

